

Go political!

Der vorliegende Essay kann durchaus als interdisziplinär verstanden werden, und er soll dies auch – stammen die Leitgedanken doch nicht aus gelehrten Büchern über Politik, Wirtschaft oder Soziologie, und ist doch die Autorin anzusiedeln irgendwo zwischen Theologie, Philosophie und wildgewordener Schriftstellerei. Dieses Konglomerat aber hat Methode, denn eine meiner Hauptthesen lautet: Wir kommen nicht (mehr) um das Ideal eines allseits gebildeten Menschen herum. Wenn alle Dienst nach Vorschrift tun und niemand mehr Zusammenhänge erkennt, gehen wir gemeinsam den Bach runter. Anders ausgedrückt: Fachidioten werden die Erde zerstören, Fachleute mit Interesse an Fachfremdem können sie retten. Und das ist doch wohl unser Ziel.

Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, sieht sowohl Gutes als auch Schlechtes – Gutes, an dem er sich (wie andere auch) laben kann, und Schlechtes, das es nach Kräften zu verändern gilt. Und zwar gerade auch angesichts der Tatsache, dass keiner von uns jedes Übel beseitigen kann. Aber, so sagte es sinngemäß Albert Schweitzer, auch wenn ich nicht den ganzen Strand von Steinen befreien kann, so kann ich doch sehr wohl jeden Tag eine Handvoll Kiesel aufsammeln. Und wo wir gerade von Albert Schweitzer sprechen: Seine berühmte Wortschöpfung der „Ehrfurcht vor dem Leben“ ist auch im 21. Jahrhundert noch tauglich als Leitgedanke für den Alltag, und zwar für den des Normalbürgers genauso wie für den des Politikers.

Albert Schweitzer war kein Politiker, sondern Theologe und Arzt. Dennoch hatte er großen Einfluss auf das, was ich im weitesten Sinn als den Beginn jeglicher Politik bezeichnen würde: Den Wunsch und Willen, an einem beobachteten Missstand etwas zu verändern. Nur dann, wenn ich etwas als veränderungswürdig erkenne, werde ich willens sein, alle Kräfte einzusetzen, um für andere etwas zu tun. Nur deshalb, weil andere sagen, mensch, mach doch mal, engagiert sich niemand. Aber wenn Adornos „Antlitz des Anderen“ mich anspricht, wenn ich (theologisch gesehen) Christus in meinem Gegenüber erkenne, wenn ich ihn (franziskanisch gewendet) als meinen Bruder begreife, werde ich im Bettler auf der Straße, im Leiharbeiter oder dem nervigen Telefonwerbefritzen auch den Menschen sehen, der sich in einer Notlage befindet. Das zu erkennen, ist aber unbedingt vonnöten. Beim Menschen, um die Strukturen im Staat zu optimieren, und bei Tieren, um die Gesamtheit des Ökosystems Schöpfung zu erhalten, wie es uns die Bibel bereits in den allerersten Kapiteln ans Herz legt: Der Mensch gibt dort in Gottes Auftrag den Tieren Namen, das heißt, er ist mit ihnen verbunden, er soll auf sie und den gesamten Garten Eden aufpassen und sie, sich selbst und seine Umwelt beschützen. Wenn die Politik dafür nicht den Rahmen bereitstellt, sondern es einzelnen ermöglicht, in einem Maße in die eigene Tasche zu wirtschaften, dass andere dabei über den Jordan gehen müssen, läuft etwas grundlegend falsch.

Was aber macht einen Menschen aus, der sich einer Politik widmen möchte, die das Gleichgewicht der Schöpfung schützt? Spontan fällt mir dabei ein Ausspruch des münsteraner Theologen Karl Rahner ein, der sinngemäß lautet: „Der Christ der Zukunft muss Mystiker sein, oder er wird nicht mehr sein.“. Ohne auf die theologische Bedeutsamkeit dieses Satzes einzugehen, möchte ich anmerken, dass die Sentenz ohne Weiteres auch auf Politiker anzuwenden ist, und zwar in etwa so: „Der Politiker der Zukunft muss akzeptieren, dass es mehr gibt als nur das rein Materielle, oder er wird nicht mehr sein.“ Damit spiele ich keineswegs auf die üblichen Verdächtigungen der Religionskritik an wie Vertröstung auf das Jenseits oder gar Unterwerfung unter eine ungerechte Obrigkeit, sondern ich meine damit die Einsicht darin, dass wir Menschen nicht nur uns selbst gegenüber Verantwortung tragen. Die grundlegende Transzendenz des menschlichen Geistes, die auf ein Du ausgerichtet ist, das die Christen Gott nennen und das sie zugleich im Nächsten erkennen, diese grundlegende Transzendenz stärkt uns und kann dazu führen, dass wir echte Verantwortung übernehmen.

Und wenn wir das tun, dann wird das Gewissen wieder stärker als der Fraktionszwang, dann verliert man die Angst vor der Handlungsunfähigkeit, die angeblich entsteht, wenn ein Querdenker ausschert, denn dann weiß man: Querdenken um jeden Preis kommt nicht infrage, und wenn man tatsächlich anders denkt als der Rest seiner Fraktion, dann hat das einen Grund. Und zwar einen guten. Dann ist das Thema noch nicht ausdiskutiert, dann wäre es grundfalsch, darüber einstimmig abzustimmen. Ich meine, dass diese Gewissensentscheidung Grundlage jeder Abstimmung sein muss. Hat man sich nicht informiert, sollte man nicht abstimmen, und hat man sich informiert, muss man seinem Gewissen folgen. Nach Thomas von Aquin ist das Gewissen eine Instanz, durch die Gott im Menschen spricht. Deshalb muss man ihm folgen, selbst dann, wenn es irrt. (Dieser Widerspruch wäre dann wohl der Fehlbarkeit des Menschen selbst zuzuordnen, der falsch deuten könnte, was er hört.)

Damit hätten wir bereits zwei Attribute ausgemacht, die dem Politiker ohne Ansehen der Person, Religion etc. zu eigen sein müssen: Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft, ohne Einschränkung und ausschließlich dem eigenen Gewissen zu folgen. (Und gegebenenfalls den Mut zu besitzen, hinterher zuzugeben, dass das Gewissen geirrt hat – aber im Augenblick der Abstimmung gab es nur diesen einen Weg!) Wem unter den geneigten Lesern jetzt der Gedanke gekommen ist, diese Aussage habe er schon einmal gehört, der sei auf unser Grundgesetz verwiesen, Artikel 38 (1): „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages [...] sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“. Das muss man nur ernst nehmen, und schon – davon bin ich überzeugt – besteht die ganz große Chance, eben nicht in Anarchie zu verfallen, sondern die Welt zu verbessern.

Typisch für das 21. Jahrhundert, die sogenannte Informationsgesellschaft, ist die Flut an unterschiedlichen Themenbereichen, mit denen sich ein einzelner Politiker zu befassen hat. Gleiches gilt natürlich auch für die Normalbürger. Jeder Kopf hat nur ein bestimmtes Fassungsvermögen, deshalb ist es unerlässlich, eine Auswahl zu treffen – und hier kommen die Bürger ins Spiel: Sie müssen den Politiker unterstützen, indem sie ihm sagen, was ihnen auf den Nägeln brennt. Dafür braucht es rasche Kommunikationswege, die jedem zugänglich sind; das Internet bietet hier vielfältige Möglichkeiten, aber es ist von Bürgersprechstunden bis zu Telefonkonferenzen noch viel mehr Derartiges denkbar. Es lohnt sich sicherlich, an dieser Stelle kreativ zu werden.

Um diesen verschärften Anforderungen gerecht zu werden, ist eine gewisse Intelligenz unerlässlich: Der Politiker muss sich Inhalte über Text, Bild, Gespräche in möglichst kurzer Zeit aneignen, gewichten, werten, auswählen und sich weiter informieren, wofür er wissen muss, welche Quellen infrage kommen. Wieder muss er werten: Folge ich dieser oder jener Studie? Wer hat welche Studie bezahlt, und welche Interessen stehen möglicherweise dahinter? Was sagt meine Nase dazu, was mein Instinkt? Habe ich eigene Anschauung, eigene Erfahrungen in diesem Bereich, die eine Entscheidung erleichtern können? Und wenn er sich für einen Weg entschieden hat, muss er Widerstände durchbrechen, möglicherweise sogar in der eigenen Fraktion. Dazu bedarf es einer großartigen Eigenschaft, die nicht nur im Krieg, sondern auch im Frieden große Dienste leisten kann: des Mutes.

Ein Politiker, der verantwortungsvoll, gewissenhaft, intelligent und mutig ist, kann etwas durchsetzen. Er ist in jedem Fall auch dann, wenn er meiner eigenen Meinung widerspricht, jemand, vor dem ich Achtung habe, dessen Ansicht ich respektiere, denn ich weiß, dass er nicht anders handeln konnte und dass seine Motive ehrenwert sind. Mit einem solchen Menschen ist gesellschaftlicher Diskurs überhaupt erst möglich... Aber Moment, da habe ich wohl zuviel vorausgesetzt, da fehlt noch etwas Wichtiges.

Erstens: Der Politiker muss nicht nur partikularinteressiert Verantwortung übernehmen, sondern für das große Ganze. Er muss einer grundlegenden Ethik folgen, die Kants 5. kategorischen Imperativ entspricht: Handle so, dass die Maxime deines Handelns jederzeit auch zu einem allgemeinen Gesetz ernannt werden könnte. Und zweitens: Ein gesellschaftlicher Diskurs ist nur dann möglich, wenn auf beiden Seiten ehrlich (siehe oben: ethisch bzw. moralisch) miteinander umgegangen wird, und wenn man die andere Seite überhaupt ernst nimmt. Und wer ist für den Politiker die „andere Seite“? Bislang leider allzu häufig schlicht die andere „große Volkspartei“. Mittlerweile ist aber neben „links“ und „mittig“ - wobei hier x Parteien zu subsumieren sind - noch eine dritte Größe auf den Plan getreten, und angesichts der Informationsfülle ist sie als Filter und Korrektiv notwendig: der ganz normale Bürger, der für sich und andere ein besseres Leben erringen oder den bisherigen Stand erhalten will. Ein Politiker, der nicht bereit ist, transparent den Bürger an seinen Entscheidungen teilhaben zu lassen, der ernsthaft Strategien von Desinformation entwickelt, um Parteilassung zu wahren, ist kein Politiker. Er ist Lobbyist.

Das bedeutet: Der verantwortungsvolle, gewissenhafte, intelligente, mutige, moralische, ehrliche, transparent entscheidende und gesprächsbereite Politiker kommt meinem persönlichen Ideal schon sehr nah. Ein entscheidendes Motiv aber fehlt noch, und das ist nicht unbedingt von allen erwünscht, denn es ist unbequem, äußerst unbequem. Er muss nämlich im besten Sinne unberechenbar sein. Unabhängig. Dies folgt einerseits aus der ausschließlichen Abhängigkeit von seinem Gewissen, andererseits wird hier aber auch finanzielle Unabhängigkeit mitgedacht. Im Alten Rom wurden die Politiker für ihre Ämter nicht bezahlt (auch wenn sie teilweise hinterher „ihre“ Provinzen ausbeuten durften, aber das galt nur für die höheren Ämter). Das ist prinzipiell eine schöne Idee. Aber die Römer waren immer nur für eine gewisse Zeit Politiker. Auf die heutige Zeit übertragen, kämen so abstruse Probleme auf uns zu wie die Frage, wie jemand seinen Lebensunterhalt finanzieren soll, der beispielsweise erneut in den Bundestag gewählt worden ist, dadurch aber die Geduld seines Arbeitgebers überstrapaziert und seine Stellung verliert. So einfach funktioniert das also nicht.

In jedem Fall aber muss sichergestellt sein, dass das Geld, von dem unsere Politiker leben, nicht von Personen und Institutionen stammt, in deren Interessengebieten der jeweilige Politiker Entscheidungen trifft. Dafür bedarf es vielleicht anderer Gesetze, günstiger aber wäre ein grundlegendes Umdenken hin zu einer ehrlicheren Politik. Die ist sicher unbequem, und es ist anstrengend, sich mit vielen anderen Meinungen auseinandersetzen zu müssen. Aber ich meine, es lohnt sich.



A.S.
* * *